

## Erklärung Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP):

Das Aktionsbündnis Sozialproteste ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 80 Initiativen, die aus den Montagsprotesten 2004 hervorgegangen sind. Am 28. September des letzten Jahres haben 6 Aktive aus der IG Contra Sozialabbau zusammen mit einem ihrer Kinder in einem Geschäft öffentlich Lebensmittel verzehrt, ohne sie zu bezahlen.

Für diese Aneignungsaktion, die auf die prekäre Lebenssituation von Erwerbslosen und auf ein Recht auf gesicherte Nahrung auch in dieser reichen Bundesrepublik aufmerksam machen sollte, folgt jetzt ein rechtliches Nachspiel wegen "Diebstahl von Gütern mit geringem Geldwert". Während die meisten Beteiligten ein Angebot zur Einstellung des Verfahrens bekommen haben, wenn sie im Gegenzug 10 gemeinnützige Arbeitsstunden ableisten, soll der erkannte "Rädelsführer" Tommi Sander mit einer Geldstrafe in einer Gesamthöhe von 243 Euro abgestraft werden. Für einen Empfänger des Arbeitslosengeld II ist das eine existenzielle Notsituation, weil er auf eine allgemeine bedrohliche Situation öffentlich aufmerksam gemacht hat: Im Landkreis Aschersleben/Staßfurt ist ein Drittel der Jugendlichen über 15 Jahre und 19% der Gesamtbevölkerung damit konfrontiert, dass zum Monatsende das Geld nicht mehr für die einfachsten Waren des täglichen Bedarfs reicht. Solidarität ist notwendig, gerade weil am 26.6.07 um 9:15 legitimer Protest durch ein abschreckendes Exempel im Amtsgericht Aschersleben gebrochen werden soll.



"Alleine machen sie dich ein, schmeissen sie dich raus, lachen sie dich aus, und wenn du etwas dagegen machst, sperr`n se dich in den nächsten Knast." (Rio Reiser)

Geliebte Solidarität ist notwendig, gerade weil immer wieder versucht wird, Widerständigkeit zu spalten und Einzelne exemplarisch und ver einzelnd abzustrafen.

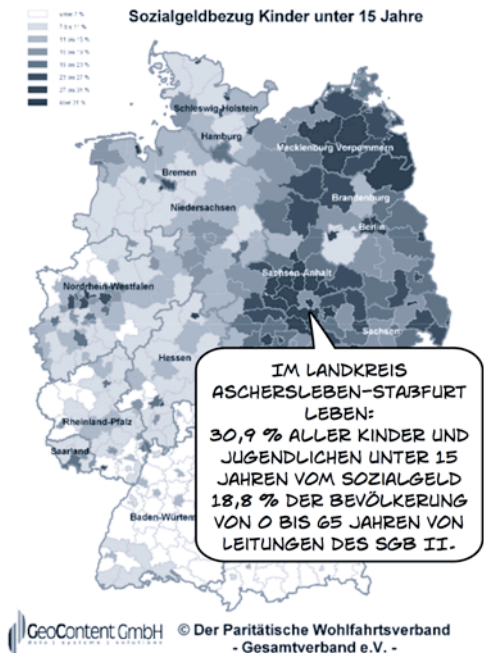
## 26. Juni 9:15 Amtsgericht Aschersleben Theodor-Römer-Weg 3 Strafverfahren gegen Tommi Sander

Das Aktionsbündnis Sozialproteste als ein bundesweiter Zusammenschluss die notwendigen Proteste der IG Contra Sozialabbau und die öffentliche Auseinandersetzung vor dem Gericht. Wir fordern den Kläger und das Gericht auf, das Verfahren einzustellen. Sollte es trotz alledem zu einer Verurteilung kommen, dann werden Kläger und die Gerichtsbarkeit damit rechnen müssen, dass öffentlichkeitswirksam die verfügte Haftzeit begleitet wird.

"Leben in wahrgenommener und gewährter Würde ist reiches Dasein, Leben in verletzter Würde ist armes Dasein. Elend kommt nahezu zerstörter Würde gleich" (H. Thielen).

# Erklärung ABSP

Die Würde des Menschen ist unantastbar, aber das Menschenrecht auf Nahrungssicherheit wird nur eingeschränkt gewährt!



# DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR, ABER DAS MENSCHENRECHT AUF NAHRUNGSSICHERHEIT WIRD NUR EINGESCHRÄNKT GEWÄHRT!

## ▼ Was ist eine symbolische Aneignungsaktion gegenüber einer gesetzlichen Legitimierung zum Verhungern-Lassen?

Dass die amtlichen Berechnungen für die Zusammensetzung und Höhe der „Grundsicherung“ politisch motiviert waren und nur bedingt mit der realen Lebenssituation der Betroffenen zu tun haben, darauf haben Experten und Verbände, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband immer wieder aufmerksam gemacht. Die Folgen sind eine Verdoppelung der Anzahl von Kindern, die von den Leistungen des SGB II abhängig sind, vielfältige Ausgrenzungen aus Bereichen des öffentlichen Lebens, ein Klima der Angst und eine Perspektive auf ein Ende in Altersarmut trotz einer Erwerbsbiographie. Zum Monatsende reicht das Geld nicht mehr für Waren des täglichen Bedarfs aus, und zusätzliche Kosten im Monat dürfen nicht entstehen. Langsam wird eine prekäre, ungesicherte Situation zur Normalität eines relevanten Teils der Bevölkerung mit und ohne Erwerbsarbeit.

Die Motivlage der überwiegenden Mehrheit der politischen Entscheidungsträger/innen ist bekannt: Mit Hartz IV sollen erwerbslose Menschen genötigt werden, jeden Job im ausgeweiteten Bereich des Niedriglohns und der Leiharbeit anzunehmen, selbst wenn es keine Arbeitnehmerrechte gibt, oder Armutslöhne von 50 Cent anzunehmen, wie bei der Jurex Berlin GmbH. Durch die im Bundestag beschlossene Verschärfung der Sanktionen und der Leistungsentzüge im SGB II ist jetzt eine Situation entstanden, in der der Gesetzgeber wissend in Kauf genommen hat, dass Menschen in dieser reichen Bundesrepublik ganz legal verhungern können. Die Repressionen, die bei den Asylsuchenden angefangen haben, werden jetzt zur Disziplinierung und zur Durchsetzung eines workfair-Modells benutzt. Als Begründung wurde die steigende Zahl von jungen Erwerbslosen herangezogen, um zur "Not" gewaltsam zu verhindern, dass es zu einer Ver-

festigung von Generationen kommt, die nur noch die Normalität eines prekären Überlebens innerhalb der staatlichen Leistungen des Arbeitslosengeldes II kennen gelernt haben. Gewalt gegen einkommensarme Familien ist legalisiert, eine Ausbildungsabgabe für die Großunternehmen, die sich komplett einer solchen sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung entziehen, das wäre ja eine Zumutung gegenüber den Gewinnern an diesen erbärmlichen Zuständen.

Leistungskürzungen bis zu 100% sind nicht nur ein Instrument, um Widerständigkeit zu brechen. Diese Repressionslogik wird immer wieder zu solchen dramatischen Unglückssituationen führen, weil durch die Langzeitarbeitslosigkeit die Autonomie und Würde von Menschen zerstört wurde und sie direkte Hilfe benötigen. Der tragische Tod in Speyer kann sich jederzeit wiederholen, und das gerade bei den Schwächsten dieser Gesellschaft. Diesen humanitären "Kollateralschaden" nimmt die plurale Fassung der neoliberalen Einheitspartei im Bundestag, die Meinungsmacher der Bertelsmannstiftung, in der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und die Wirtschaftslobby billigend in Kauf, um soziale Standards bei Erwerbstätigen und der "industriellen Reservarmee" der Erwerbslosen zu drücken.

## ▼ "Die Würde des Menschen ist unantastbar!" – Pflicht zum Widerstand?!

Die Bundesrepublik Deutschland ist im materiellen Sinne eines der reichsten Länder dieser Welt. Die Hartzgesetze legalisieren Zwangsbeschäftigungen ohne Lohn und eigene Rechte, sie führen zu einer massiven Verschärfung der Kinderarmut. Die Hartzgesetze machen nur das Ausmaß der Einkommensarmut von "Überflüssigen" in dieser Gesellschaft sichtbar, an deren "Verwertung" die Wirtschaft kein Interesse hat und für die die politischen Entscheidungsträger/innen so wenig wie möglich an Kosten für Sozialtransfers ausgeben wollen, um ihre Vor-

stellung von "Leistungsgerechtigkeit" für die kleine Gruppe der Gewinner einer neoliberalen Modernisierung durchzusetzen. Die Hartz-Gesetze machen auch die alten und neuen Spaltungen zwischen Osten und Westen und zwischen Oben und Unten in dieser Republik sichtbar: 25 % "Abgehängtes Prekariat" im Osten (8 % in der gesamten Bundesrepublik) und Verarmungsregionen im westlichen Teil der Bundesrepublik.

Die Aktion der IG Contra Sozialabbau hat, wie bereits öfter geschehen, diese verdrängte Armut wieder sichtbar gemacht. Natürlich kann kritisiert werden, dass bei der Aneignungsaktion auch ein Kind dabei gewesen ist. Wer das macht, der sollte aber vorher Wege zeigen, wie diese erdrückende Situation von diesen Kindern grundlegend geändert werden kann, damit sie nicht mehr durch die staatlich organisierte Einkommensarmut von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt und ihre Entwicklungsperspektive eingeschränkt wird, bevor sie ihre eigenen Wege gehen können. Wer sich über Aktionen mit Kindern beschwert, der sollte alles tun, damit in diesem reichen Land ein individuelles Recht der Kinder auf eine ausreichende Grundsicherung durchgesetzt wird. Die IG Contra Sozialabbau hat nicht nur auf ein konkretes Recht auf Nahrungssicherheit und gesunde Nahrung auch für Erwerbslose aufmerksam gemacht, es geht um mehr: Gerade weil durch die Hartz-Gesetze ein Klima der Angst auch unter Beschäftigten erzeugt wird, können Firmen wie Lidl sich auf Kosten der Arbeitsbedingungen und der Löhne ihrer Angestellten bereichern. Genau deshalb sollten die vielen Beschäftigten ein Interesse daran haben, dass es mehr solcher Aktionen des zivilen Ungehorsams und des offenen, öffentlichen Regelverstößes gibt, denn auch sie werden zukünftig auf solche Mittel der Organisation und öffentlich ausgetragenen Konflikte zurückgreifen müssen, um ihre Interessen wieder durchsetzen zu können.